

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

29.11.1928 (No. 280)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Gesamtkorrespondent
K. A. M. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassentakt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebestellung, zwangsweiser Weitreibung, und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeigengeber die Zeitung verfehlet, in beschränktem Umfang oder nicht ersehen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Anzeigen für den Druck und die Herstellung der Druckformen werden nicht zurückgegeben, falls die Zeitung verfehlet, in beschränktem Umfang oder nicht ersehen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Vergütung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Um die Reparationskonferenz

Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris
M. Berlin, 29. Nov. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, zeigt sich aus den dortigen Morgenblättern, daß zwischen Paris und London doch ernste Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage entstanden sind. Der Entwurf einer englischen Antwort an Deutschland, der in Paris überreicht wurde, findet dort keine Zustimmung, weil darin die Einschaltung der Reparationskommission abgelehnt wird, ebenso wie jede Beschränkung der Sachverständigen. Sehr bezeichnend ist eine Meldung des „Matin“, daß der belgische Ministerpräsident Jaspar am Dienstag heimlich in Paris war, um mit Poincaré sich zu verständigen; Das gleiche Blatt meldet auch noch, Poincaré habe vorgeschlagen, daß die kleinen Reparationsgläubiger, die im ganzen 8 Proz. der Reparationen beanspruchen, im Sachverständigenausschuß vertreten seien, was dem Genfer Protokoll widerspricht.

W.D. Paris, 29. Nov. (Tel.) Einige Morgenblätter charakterisieren den Entwurf der Antwort, den die englische Regierung der französischen Regierung hat übermitteln lassen, dahin, daß es sich mehr um eine Aufklärung der Punkte handelt, in denen London und Paris nicht einig seien. Es sei nicht allzu früh, zu behaupten, daß zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt bedeutende Verschiedenheiten bestehen. Erst wenn diese Meinungsverschiedenheiten beigelegt sind, werde die Antwort an Deutschland erteilt werden können. Der „Matin“ gibt durch die Bemerkung, daß Meinungsverschiedenheiten im Augenblick „sich auf absolut wesentliche Punkte“ beziehen, zu, daß der Meinungsaustrausch zwischen London und Paris fortgesetzt werden müsse. Das Blatt glaubt aber, daß man vielleicht in 3-4 Tagen einig sein werde. Aus der Betrachtung des „Deuvre“ darf man schließen, daß die englische Regierung mit der in Paris aufgeworfenen Formfrage des Inkonkretions der Reparationskommission nicht einverstanden ist.

W.D. London, 29. Nov. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt: Der britische Antwortentwurf auf die deutsche Note vom 30. Oktober ist das Werk Churchill und des Schatzamtes, und nicht des Foreign Office. Es verläutet, daß die Antwort kurze und direkte Antworten auf die fünf in der deutschen Note erwähnten Punkte enthält. Sie vermeidet es aber, zu sehr auf Einzelheiten einzugehen, um dadurch nicht gewissermaßen geringere Unterschiede zwischen dem britischen und dem deutschen Standpunkt bzw. zwischen dem deutschen Standpunkt und dem der anderen alliierten Regierungen unnötig hervorzuheben, und dadurch eine Verzögerung herbeizuführen. Als Ort der Zusammenkunft der Sachverständigen wird jetzt von Barter Gilbert und den anderen Persönlichkeiten Paris bevorzugt. Es wird gehofft, daß die Meinungsverschiedenheiten wegen der von der Reparationskommission zu spielenden Rolle unerbittlich erledigt werden können, da sie mehr technischer Art und nicht von wesentlicher Bedeutung sind.

Die amerikanische Aktion in der Seeabrüstungsfrage

W.D. London, 29. Nov. (Tel.) Keworthby wird am Montag im Unterhaus den Premierminister fragen, welche Antwort er auf das Telegramm des Vorsitzenden des amerikanischen Marineauschusses, Britten, erteilen werde, der, wie bekannt, eine Zusammenkunft des von ihm geleiteten Ausschusses und eines Ausschusses des englischen Unterhauses zur Erörterung der Frage der Seeabrüstungen angeregt hat.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet: Bei den amtlichen Stellen Washingtons hat die Anregung Britten's Verbilligung hervorgerufen. Den Pressevertretern gegenüber wurde es in gereiztem Ton abgelehnt, sich über diesen Vorschlag zu äußern. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß es nach dem Strafgesetz eine strafbare Handlung ist, ohne Ermächtigung der Regierung direkt oder indirekt mit anderen Regierungen oder sonstigen amtlichen Stellen in Verbindung zu treten, um die auswärtige Politik einer fremden Regierung zu beeinflussen. Der Berichterstatter schließt, der Vorschlag Britten's werde zwar nicht von Coolidge, Kellogg und den Marinebehörden, aber sonst allgemein von der komischen Seite genommen werden.

Die deutsche Botschaft in der Türkei. Mit dem 1. Dezember d. J. wird der Amtssitz der deutschen Botschaft in der Türkei von Konstantinopel nach Angora verlegt werden. Nur für lokale Konstantinopeler Angelegenheiten bleibt eine Konsulatsabteilung in Konstantinopel zurück.

Gescheiterter preussisch-medlenburgischer Gebietsaustausch. Die jahrelangen Verhandlungen zwischen der preussischen und der medlenburgischen Regierung über einen Austausch der preussischen Enklaven Wittmannshagen-Betzlin und der medlenburgischen Gebiete Negeband-Nosow im Kreise Ruppin sind der „Voss. Zig.“ zufolge ergebnislos verlaufen und als endgültig gescheitert anzusehen.

32 000 neue Wohnungen in Berlin geplant. Der Berliner Magistrat beschloß, mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung ein vierjähriges Wohnungsbauprogramm, das einschließlich der Hauszinssteuerhypothekenbauten jährlich etwa 32 000 Wohnungen umfaßt, durchzuführen.

Letzte Nachrichten

Eingreifen des Reichs in den Eisenkampf

Dr. Berlin, 29. Nov. (Priv.-Tel.) In unterrichteten Kreisen wird der Versuch des Reichspräsidenten Bergemann, eine Einigung zwischen den streitenden Parteien in der Metallindustrie herbeizuführen, tatsächlich als gescheitert betrachtet. Da die juristische Entscheidung naturgemäß noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, hat das Reichsarbeitsministerium nun Erwägungen darüber angestellt, wie von Reichs wegen eingegriffen werden kann, um den Arbeitskampf zu beenden, ehe sich bedrohliche Folgen einstellen. Dabei ist in Aussicht genommen worden, eine besonders geeignete Persönlichkeit damit zu beauftragen, den Parteien ein Gutachten vorzulegen, dem sich beide aus Billigkeitgründen fügen. In diesem Zusammenhang wird der Name des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons genannt, ebenso ist von dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Rede. Von unterrichteter Seite wird jedoch betont, daß diese beide Herren nicht in Frage kommen. Das Reichsarbeitsministerium wird alles tun, um seine Aktion zu beschleunigen, und es ist deshalb anzunehmen, daß auch der Name des Trägers dieser Aktion noch im Laufe des heutigen Tages bekannt wird.

Der neue deutsche Botschafter in Moskau

W.D. Berlin, 29. Nov. (Tel.) Der Herr Reichspräsident hat den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Dr. von Dirlsen, zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt. — Das russische Akzept ist bereits erteilt.

Änderungen im internationalen Schnellzugsfahrplan

M. Berlin, 29. Nov. (Priv.-Tel.) In einer Besprechung, die in Wien Ende Oktober für die internationalen Fahrpläne stattfand, sind für das kommende Jahr eine Reihe von Änderungen der internationalen Züge beschlossen worden. So verkehren die Züge Berlin—Frankfurt—Basel zur Entlastung einiger Schnellzüge 16.20 Uhr ab Berlin, 5.05 Uhr an Basel, umgekehrt 23.07 Uhr ab Basel, 13.43 an Berlin. Ferner werden durch Verschleppung und neue Züge auf französischem Gebiet die Verbindungen zwischen Straßburg, Südbahnhof und Spanien verbessert. Dabei werden von Straßburg ab verschiedene Anschläge vermittelt.

Die Stilllegungen im Kreise Altena

W.D. Hagen, 29. Nov. (Tel.) Die Regierung in Arnberg teilt mit: Durch die Auswirkungen der Aussperrung innerhalb der nordwestlichen Gruppe wird auch der Kreis Altena mittelbar schwer getroffen. Ein großer Teil der dortigen Fabriken und Unternehmungen, auch soweit sie nicht unmittelbar zur Arbeitgebergruppe Nordwest gehören, ist als weiterverarbeitender Industriezweig indirekt durch Anlieferung oder Ablieferung von dieser Gruppe abhängig. Die Aussperrung mußte also dort teils Rohstoffmangel, teils Absatzmangel zeitigen, in deren Folge eine mit der Dauer der Aussperrung sich steigende Stilllegungsziffer einsetzt. Bisher haben unter Berufung auf den Kampf in der nordwestlichen Gruppe 15 Betriebe des Kreises Altena Stilllegungsanträge gestellt.

Ratsstagung in Lugano?

W.D. Paris, 29. Nov. (Tel.) Nach den Morgenblättern wird der Völkerbundrat seine nächste Tagung am 10. Dezember in Lugano abhalten.

Das Befinden des Königs von England

W.D. London, 29. Nov. (Tel.) Um 6 Uhr früh war das Befinden des Königs unbeeinträchtigt.
Der König von England leidet an einer Entzündung und Kongestion in der rechten Lunge und eine ausgedehnte plastische Pleurose auf der rechten Seite. In einem Bericht der Ärzte vom Mittwochabend wurde erklärt, daß ein derartiges Leiden seiner Natur nach ernst sei. Bisher sei man Herr der Krankheit. Ihre Stärke habe nachgelassen und ihre Symptome seien zurückgegangen. Die Ärzte hoffen, daß die Krankheit nicht so lange dauern werde, wie man zunächst angenommen habe.

Admiral Fletcher †

W.D. New York, 28. Nov. (Tel.) Admiral Frank Fletcher von der amerikanischen Kriegsmarine ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Sein Name ist besonders bekannt geworden in der Zeit vom Februar 1913 bis April 1914, als er Befehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte an der mexikanischen Küste war. Bei diesen Operationen hatte er am 21. April 1914 die Stadt Veracruz besetzt. Im September 1914 wurde er zum Oberbefehlshaber der atlantischen Flotte ernannt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, mit Gattin, sind Mittwochabend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug von Berlin nach Genf abgereist. Zu Ehren Sir Eric Drummonds gaben der Reichsaussenminister und Frau Stresemann ein Frühstück, an dem u. a. der Reichskanzler und der britische Botschafter teilnahmen.

* Koalitionsfrage und Eisenkonflikt

Zu Beginn dieser Woche hat Reichskanzler Müller nach Rücksprache mit dem Reichspräsidenten offizielle Verhandlungen zwecks Errichtung der Großen Koalition begonnen. Er ging dabei von der Absicht aus, alle Einzelfragen einstweilen auszuschalten, um so die Verhandlungen rasch zu einem guten Ende führen zu können. Die Erledigung der Einzelfragen sollte dem neuen bzw. erweiterten Reichskabinet überlassen werden.

Die an der Großen Koalition interessierten Parteien haben an sich ihre Bereitwilligkeit zur Errichtung der Großen Koalition betont und auch prinzipiell der Aufzählung zugestimmt, daß man die Sache nun nicht weiter auf die lange Bank schieben sollte. Aber sowohl die Deutsche Volkspartei wie die Bayerische Volkspartei und bis zu einem gewissen Grade auch das Zentrum hielten es für notwendig, doch erst noch die Erledigung jener Einzelfragen abzuwarten; erst dann solle die endgültige Bildung des Kabinetts und festere Bindung der betreffenden Parteien an die Koalition erfolgen.

Während sich die Wünsche des Zentrums auf kulturpolitischem, die der Bayerischen Volkspartei auf steuerpolitischem Gebiet bewegen, war es für die Deutsche Volkspartei der Konflikt in der Eisenindustrie, der ihre Haltung bestimmte. Zu der gestrigen Kabinettsitzung wurden vom Reichswirtschaftsminister verschiedene Fälle vorgetragen, in denen die Unterstellungen der Ausgesperrten teilweise die Höhe der Löhne überschreiten. Die Deutsche Volkspartei vertritt überhaupt den Standpunkt, daß die Methode, nach welcher die Unterstellungen von preussischer Seite ausbezahlt werden, mit der Fürsorgepflichtverordnung in Widerspruch steht. Demgegenüber ist das preussische Wohlfahrtsministerium der Ansicht, daß es sich bei dieser Unterstützung um eine Sonderaktion handle, deren Eigenart und Ablauf mit den Paragraphen der Fürsorgepflichtverordnung nichts zu tun habe.

Zimmerlin hat sich das Reichskabinet gestern darin entschieden, daß Fälle, wie die oben erwähnten, in denen also die Unterstellungen höher sind als die Löhne, unter allen Umständen vermieden werden müssen. Preußen hat eine eingehende Prüfung und sofortige Abstellung zugesagt. Zu diesem Zweck soll eine Kommission von preussischen Beamten ins Ruhrgebiet entsandt werden. In dieser Kommission werden aber auch Beamte des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums vertreten sein.

Das Reichskabinet ist im übrigen entschlossen, alles zu tun, um den Konflikt in der Eisenindustrie, dessen Auswirkung schon jetzt als katastrophal bezeichnet werden muß, schnellstmöglich beizulegen. Die Aussichten dazu sind zur Zeit jedoch keineswegs günstig. Da keine Partei ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben hat, mußten die Einigungsverhandlungen vertagt werden. Regierungspräsident Bergemann in Düsseldorf, der die Einigungsverhandlungen leitet, scheint sie angesichts der Hartnäckigkeit auf beiden Seiten für aussichtslos zu halten. Es müßte also eine neue Verhandlungsbasis gesucht werden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern Abend noch eine Sitzung ab, in welcher sie sich mit dem Ergebnis der Kabinettsitzung beschäftigte. Die Entsendung der Nachprüfungskommission ins Ruhrgebiet hat, wie gemeldet wird, die Wünsche der Fraktion noch nicht voll befriedigt. Doch soll die endgültige Stellungnahme erst heute erfolgen. Soviel ist jedoch sicher, daß die Deutsche Volkspartei im Augenblick keine engere Bindung an das Reichskabinet wünscht. Man will erst die Beendigung des Ruhrkonflikts abwarten. Damit zögern sich die Verhandlungen über die Koalitionsbildung natürlich noch hinaus.

Deutschlandliender auf Welle 1648.3

W.D. Berlin, 29. Nov. (Tel.) Nachdem Kalundborg die Welle 1680 für seinen Großrundfunkgeber verlassen hat und gleichzeitig die Luftschiffahrt die Welle 1680 Meter, die ihr bisher zugewiesen war, im Interesse des Rundfunks vorzeitig aufgegeben hat, so daß nach den Beobachtungen des Reichspostgeneralamts und des Deutschen funktchnischen Verbandes Störungen des Deutschlandsenders auf Welle 1648.3 Meter nicht mehr zu befürchten sind, hat die Deutsche Reichspost sich entschlossen, vom 1. Dezember an das gesamte Programm des Deutschlandsenders auf dieser Welle (1648.3 Meter) zu verbreiten und die gleichzeitige Ausstrahlung auf Welle 1250 Meter einzustellen, da sonst die Luftschiffahrt auf Welle 1288 Meter gestört werden würde.

Militärdebatte in der französischen Kammer

In der französischen Kammer erklärte bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums der Generalberichterstatter Pouilloux-Lafont (Radikale Fraktion), die Kredite des Kriegsministeriums beliefen sich auf 7,3 Milliarden Franken, wovon rund 1 Milliarde auf das Budget des Luftfahrtministeriums kämen. Die Erhöhung gegenüber 1927 betrage 700 Millionen Franken. Diese Mehrausgaben seien durch die Erhöhung des Soldes und die Einführung der einjährigen Dienstzeit erforderlich geworden. Die Effektivstärke des französischen Heeres gibt der Berichterstatter folgendermaßen an: 1914: 845 000 Mann, 1922: rund 688 000 Mann, 1929: 689 000 Mann, und Ende 1930: 566 000 Mann.

Kriegsminister Painlevé teilt mit: Die Zahl der Berufssoldaten werde 1930 326 000 gegenüber 287 000 im Jahre 1918 betragen. In der Frage der nationalen Verteidigung dürfe es in Frankreich keinen Klassen- oder Parteistreit geben. Es gäbe in Europa noch zu viele Elemente, für die eine Abrüstung in Frankreich kein Vorbild, sondern eine Versuchung sein würde. (Lofender Beifall.) Der Abg. Montigny führt aus, die Sicherheit in der Welt habe zugenommen, und es müsse daher möglich sein, die Rüstungen zu vermindern. Statt dessen sehe das Budget vier Milliarden neue Ausgaben für Heer und Flotte vor.

In der Abenditzung sprach Daladier. Er erklärte, daß die französischen Rüstungsausgaben für das kommende Jahr 11,5 Milliarden ausmachten, also rund ein Viertel des ganzen französischen Budgets. Wenn Frankreich die Friedenspolitik lediglich als verbale Kundgebungen betrachte, müsse man von einer schamlosen Heuchelei sprechen.

Der zur Gruppe Maginot gehörende Abg. Jean Fabry, Präsident der Armeekommission, sagte, Deutschland verfüge über 200 000 Mann Reichswehr u. 110 000 Mann Schupo. Im Falle der Mobilmachung könne es somit auf einen Schlag den französischen 240 000 Mann 210 000 Mann entgegenwerfen und, wenn es die Reserven beziehe, die besser ausgebildet seien, als die französischen, könne es die am Mobilmachungstag verfügbaren Truppen leicht verdoppeln. Frankreich wäre somit an seiner Grenze nicht genügend geschützt und aus diesem Grund sei er gegen die Räumung des Rheinlandes. Das Rheinland dürfe erst geräumt werden, wenn der Festungsgürtel angelegt sei. Die Besetzung des Rheinlandes biete vor allem auch den Vorteil, daß im Kriegsfall der Kampfplatz auf deutschen Boden verlegt werden könne. Die deutschen Reservisten, die ein bis 12 Jahre Dienst hinter sich haben würden, seien weitaus tüchtiger, als die französischen. Ein deutscher Reservist sei imstande, im Kriegsfall sofort einen Zug zu führen. Fabry erinnerte dann an einen angeblichen Ausspruch des Generals von Seekt, wonach die Franzosen für die deutsche Armee lediglich Kanonenfutter wären, und er behauptete, daß Deutschland den Krieg ohne Kriegserklärung vom Zaune brechen würde. Der Redner schließt mit der erneuten Aufforderung an die Regierung, das Rheinland nicht zu räumen. Fabry verließ die Tribüne unter dem donnernden Beifall der Rechten und des Zentrums.

Deutsch-polnische Einigung in der Chorzow-angelegenheit

In der bekannten Chorzowangelegenheit betreffend die von dem polnischen Staat in Anspruch genommenen Städtewerke der Oberschlesischen Städtewerke A.-G. (Verfahren Frank-Caro) ist man nun zu einem Übereinkommen gelangt. Der polnische Staat hat die Patente der Bayerischen Städtewerke zur Benutzung im Chorzower Werk gegen Barzahlung übernommen und hat sich auch verpflichtet, den Oberschlesischen Städtewerken in Raten einen größeren Betrag zu zahlen. Außerdem wird der polnische Markt dem deutschen Städtewerk weitestgehend zugänglich gemacht, und zwar unabhängig von etwaigen Handelsmaßnahmen oder Handelsverträgen. Auf dem Gebiete des Städtewerkes, künstlichem Salpeter usw. ist weitgehende gemeinsame Arbeit vereinbart worden. Diese Abmachungen haben die Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden.

Keine russische Forderung auf Erneuerung Seekts zum Vorkämpfer. Zu Blättermeldungen, daß von russischer Seite die Ernennung des Generalobersten v. Seekt zum Vorkämpfer in Moskau gefordert worden sein soll, wird in Berlin mitgeteilt, daß man in unterrichteten Kreisen angeichts der Unfähigkeit der Meldung ein Dementi für überflüssig gehalten hat. Da aber die Gerüchte über das angebliche Verlangen nach der Ernennung des Generalobersten v. Seekt immer wieder auftauchen, wird nunmehr in aller Form erklärt, daß von russischer Seite niemals ein derartiger Wunsch laut geworden ist.

Das Otigheimer Volksschauspiel in Karlsruhe

„Das große Opfer, ein Spiel von der heiligen Messe“, hat Pfarrer Saier sein Spiel betitelt, das er mit seiner Otigheimer Spielgemeinde am 5. und 6. Dezember in der Festhalle in Karlsruhe wiederholen wird. Es ist ein Mysterienspiel nach Art der mittelalterlichen Mysterienspiele, vorgeführt von einer mittelalterlichen Gemeinde in der Vorhalle ihres heimischen Domes. Zum besseren Verständnis des Spieles sei hier in groben Zügen eine kurze Erläuterung gegeben.

Schweres Geläut ruft zum Beginn der Feier, eine ganze Gemeinde zieht mit dem Bischof in langem Prozessionszug durch eine dreischiffige Vorhalle in den Dom. Während der Bischof in dem nicht sichtbaren Innern des Domes das heilige Opfer feiert und ein besonderer Chor die Messe singt, spielt sich auf der Vorhalle eine groß angelegte Handlung, die Erlösungsgeschichte der Menschheit, ab. Diese Handlung begleitet und erklärt die einzelnen Teile der hl. Messe. Im Innern der Kirche wimmert die Orgel um Erbarmen, dazu als

1. Bild auf der rechten Seite der Vorhalle die Darstellung des Sündenfalls der ersten Menschen, durch den die ganze Menschheit das Anrecht auf den Himmel verloren hat. Adams Reue, gleichlaufend mit dem Confiteor, die Vertreibung aus dem Paradies durch den Cherub und Beginn des dornenbesetzten Erdenweges. Erwachendes Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes, ausgedrückt im erschlaffenden Fischchor.

Als 2. Bild: Die ersten Folgen der Erbsünde, der Brudermord. Aufschrei der Menschheit, verallgemeinert im Kyrie in dreifach sich steigenden Abteilungen.

Als 3. Bild: Isaaks Opferung — ein Vorbild des Erlösers. Von der Sehnsucht der Menschheit auf den Erlöser, ausgedrückt durch Engel und Orgel, führt die Handlung zum huldreichen Herabsteigen des Erlösers auf die Erde und zeigt den Jäuber der Weihnacht zur Erklärung des Gloria.

Aus dem Reichstag

Bürsorge für arbeitslose Saisonarbeiter — Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung

Im Reichstag kam am Mittwoch ein Gesetzentwurf zur Beratung, der abweichend von den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Sonderbürsorge für arbeitslose Saisonarbeiter schaffen will. Es hat sich, wie der Reichsarbeitsminister Wiffel in der Begründung der Vorlage ausführte, herausgestellt, daß die Arbeitslosenversicherung finanziell zu stark belastet würde, wenn die Saisonarbeiter, bei denen von einer beruflichen Arbeitslosigkeit in gewissen Jahreszeiten zu reden ist, ebenso behandelt würden, wie die übrigen Arbeitslosen. Der Verwaltungsrat der Versicherung hat aus diesem Grunde schon die Bezugsbauer der Versicherung in solchen Fällen befreit. Das soll nun durch den vorgelegten Gesetzentwurf sanktioniert und außerdem soll durch eine Sonderbürsorge nach Art der Krankenbürsorge ein Ausgleich in Härtefällen geschaffen werden.

In der Aussprache gab es gleich eine politische Bilanzierung insofern, als der Redner der Sozialdemokraten der von seinem Fraktionsgenossen, dem sozialdemokratischen Arbeitsminister, eingebrachten und begründeten Vorlage die Zustimmung versagte. Er erklärte, die Sozialdemokraten würden im Ausschuss andere Wege zur Lösung des Problems vorschlagen. Als er dabei eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge als Ausweg nannte, stieß er bei allen übrigen Volksvertretern auf allgemeines Schütteln des Kopfes.

Die Redner der meisten übrigen Parteien sahen in der Vorlage das Eingeständnis, daß bei der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung zu schematisch vorgegangen und zu wenig Rücksicht auf die berufständischen Eigenarten Bezug genommen worden sei. Die schematische Regelung habe zu einer unerhörten Ausnutzung der Versicherung geführt. Eine Fülle von Beispielen dieser Art wurde vorgebracht. Da soll es in Kissingen den gutbezahlten Empfangsbediensteten eines Kurhotels geben, der nach der Saison gerufen in seiner schönen Villa sitzt, aber dennoch nicht verläßt, sich regelmäßig die Arbeitslosenunterstützung als arbeitsloser „Saisonarbeiter“ abzuholen. Von Bauern wurde erzählt, die während der Bauperiode gut verdienen und in der arbeitslosen Zeit als Landwirte mit verhältnismäßig großem Besitz ihr Auskommen haben, die aber in dieser Zeit die Arbeitslosenunterstützung als Zuschuß zu ihren landwirtschaftlichen Einnahmen erheben. Auch Schwarzarbeit soll von den Beziehern der Arbeitslosenunterstützung, besonders auf dem Lande, und den Kleinstädten in großem Umfange geleistet werden.

Die Redner der meisten Parteien behielten sich vor, im Sozialpolitischen Ausschuss, dem die Vorlage schließlich überwiesen wurde, weitere Reformvorschläge zum Schutz der Arbeitslosenversicherung gegen übermäßige Ausnutzung zu machen.

Ohne Aussprache wurde in der Sitzung eine weitere Vorlage über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen dem Rechtsausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagitzung, die um 3 Uhr beginnt, stehen Anträge und Interpellationen zur Technischen Nothilfe.

RDJ. Berlin, 29. Nov. (Tel.) Die auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages stehende deutsch-nationale Interpellation nimmt Bezug auf die Zeitungsnotizen, wonach der Reichsinnenminister die Technische Nothilfe vom 1. April 1929 auflösen will und fragt, ob diese Nachrichten richtig seien. Weiter wird gefragt, ob die Regierung dieses Vorgehen des Innenministers billige, das verfassungswidrig der Beschlußfassung des Reichstages über den Etat vorgeht. In einem Antrag fordern die Deutschnationalen, daß in den neuen Etat für die Technische Nothilfe dieselben Mittel eingesetzt werden wie bisher. — Die Kommunisten dagegen beantragen die sofortige Auflösung der Technischen Nothilfe und die Verwendung ihres Vermögens für soziale Zwecke. Sie wollen auch jede Aufrechterhaltung und Unterstützung der Technischen Nothilfe in anderer Form verbieten, und die Verordnung über die Stilllegung von lebenswichtigen Betrieben aufheben.

Zentrumsanträge für das besetzte Gebiet. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat im Ausschuss für die besetzten Gebiete eine Entschließung eingebracht, in der die Reichsregierung ersucht wird, von der Beratung und Beschlußfassung über die Platzwahl eines Reichsrechnungsmannes solange abzusehen, bis die besetzten Gebiete reiflos geräumt sind. In einem weiteren Antrag wird die Reichsregierung ersucht, bei den Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes keine weiteren Belastungen des Reiches auf politischem oder finanziellem Gebiete anzunehmen, insbesondere die französische Forderung auf Einrichtung einer Feststellungs- und Ausgleichskommission für Eingriffe in die Souveränität des Reiches abzulehnen.

Es erscheint Johannes, der Vorläufer Jesu, gleichlaufend die Epistel in der Kirche (Fratres scientes). Von Ruhe und Vorbereitung führt seine Predigt in verstärkter Sehnsucht (Graduale) zur himmlischen Antikündigung.

Der Erlöser erscheint in Macht und Herrlichkeit, angeführt von Engelscharen als Gottmensch, um alsdann entleert als Opferlamm vor uns zu stehen.

In dreifacher Gliederung wird das Evangelium kundgetan, einmal durch die Handlung in der Kirche, dann durch die neutestamentliche Handlung — Jesus, der Lehrer des Himmelreichs, verkündet die acht Seligkeits — zuletzt durch die alttestamentliche Handlung — Moses, der Sprecher Gottes bei den Israeliten, verkündet die 10 Gebote Gottes.

Aus dem Innern der Kirche hört man aus dem Munde des Bischofs das Credo. Dazu als neutestamentliche Handlung auf der linken Seite: Christus als Stifter seiner Kirche durch Übergabe der Schlüsselgewalt, Petrus und die Jünger glauben. In der alttestamentlichen Handlung auf der rechten Seite: Bezeugung der Israeliten; die Gebote zu halten. Während der Opferung in der Kirche sehen wir hier die Opferung des Heilandes, dort das alttestamentliche Opfer in Sehnsucht nach dem Erlöser ausfindend.

In der Prästation hier Lobpreis der Kirche, dort Lobpreis der Propheten.

Auf das Enttast folgt der Einzug Jesu, seine Bereitschaft zum Opfer, und in ergreifenden wunderschönen Bildern die unblutige Erneuerung des Kreuzopfers.

Zeit und Ort haben ihre Schranken verloren, das Volk des alten Bundes ist zum Gottesvolk geworden. Das alte Gesetz ist der neuen Liebe gewichen, die sich in Dankgebeten und Lobpreisungen kundgibt. Das Pater noster preist Gott als Vater der Menschheit.

Es folgt das Agnus Dei; mit seinem eigenen Fleisch und Blut will Christus seine Gotteskinder in der hl. Kommunion nähren. Alle Gläubigen vereinigen sich zum großen Abendmahl.

Während der nun folgenden Gesänge gibt sich das Wirken der Apostel kund. Es folgt das Johannesevangelium, und

Der Landesverrat im neuen Strafrecht

In den nächsten Tagen finden laut „W. Z.“ Besprechungen der zuständigen Reichsressorts über die Begriffsumgrenzung des Landesverrates statt. Den interministeriellen Beratungen wird sich eine interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien über die Deliktmerkmale des Landesverrates anschließen.

Aber die Vorbereitung zum Hochverrat heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien: Mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren wird bestraft, wer einen Hochverrat mit anderen verabredet oder zur Vorbereitung eines Hochverrates mit einer ausländischen Regierung in Beziehungen tritt. Über die neu aufgeführten Maßnahmen zur Vorbereitung des Hochverrates wird in dem Antrag gesagt: Mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren wird bestraft, wer zur Vorbereitung eines Hochverrates 1. Mannschaften sammelt, zu sammeln sucht, einmüht oder bereitstellt; 2. Personen zur Übernahme leitender Stellungen im Staate zu gewinnen sucht; 3. Geld, Waffen, Schießwaffen, Sprengstoffe, Verkehrsmittel oder Einrichtungen zur Abmittlung von Nachrichten sich verschafft oder zu verschaffen versucht, bereitstellt oder verteilt; 4. Verbrechen der in den Nummern 1—3 oder Vorgehen der in den §§ 288, 289 bezeichneten Art planmäßig vorbereitet. Ebenso wird bestraft, wer in sonstiger Weise den Entschluß, einen Hochverrat zu begehen, durch Handlungen betätigt, die seine Ausführung unmittelbar vorbereiten. In besonders schweren Fällen der §§ 77 bis 88a ist die Strafe Zuchthaus bis zu 10 Jahren.

Aber den Begriff des hochverräterischen Unternehmens wird bestimmt: Als Hochverrat gilt nur ein bestimmtes, in seinen Zielen und Plänen erkennbares hochverräterisches Unternehmen.

Nationalsozialistische Militärbildungen

Vor einigen Wochen war der Kaffeler Regierung bekannt geworden, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Kreise Kirchheim unweit der Universitätsstadt Marburg über eine besondere Organisation verfügt, die ausgesprochen militärische Zwecke verfolgt und ihre Mitglieder militärisch ausbildet.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Untersuchung der Angelegenheit völlige Klarheit ergeben, daß diese verbotene Organisation mindestens unter Leitung des Landrates von und zu Gilsa hatte wirken können. Es wurde festgestellt, daß Nationalsozialisten seit vier Wochen nächtliche Übungen in den Wäldern des Kreises durchführten. Auf diese Feststellungen hin hat der preussische Minister des Innern, Grzesinski, die sofortige Enthebung des Landrates angeordnet. Die zuständigen Stellen prüfen, welche Maßnahmen gegen die Mitglieder der nationalsozialistischen Organisation zu treffen sein werden.

Das sparsame Deutschland. Nach einer dem Reichstag vorliegenden Statistik betragen die Einlagen der deutschen Sparrenten zur Zeit rund 74 Milliarden Reichsmark. Deutschland hat damit mehr als ein Drittel seiner Sparrenten vom Jahre 1918 erreicht. Die letzten Jahre weisen stark ansteigende Sparsummen auf. Im Monat Januar 1928 betrug der Einlagenüberschuß der deutschen Sparrenten 428,7 Mill. Reichsmark und erreichte mit dieser Zahl den höchsten bisher erzielten Einlagenüberschuß. Man kann also mit Recht von einem wiedererwarteten Spartrieb sprechen.

In der rechtsrheinischen Textilindustrie wurde von Arbeitgeberseite das Arbeitszeitabkommen gekündigt.

Ein englischer Urteil über die Wirtschaftslage Frankreichs. Ein ausführlicher Bericht des Handelsfachverständigen der britischen Botschaft in Paris, J. R. Cahill, über die „wirtschaftliche Wohlfahrt Frankreichs“ während der letzten fünf oder sechs Jahre findet in der Londoner Presse große Beachtung.

Das Schicksal des Schulschiffes „Kommern“

Aus Cherbourg wird gemeldet, daß das von der Mannschaft verlassene deutsche Segelschulschiff „Kommern“, dessen Sichtung an der französischen Küste, bereits gemeldet wurde, mit starker Beschädigung nach der Bucht von Granville abgetrieben wird. Von diesem Hafen aus wird versucht werden, das Wrack ins Schlepptau zu nehmen. Seine Masten sind zerbrochen und hängen längsweils. Nach einer weiteren Meldung wurde die „Kommern“ von einem Rettungsbooter in den Hafen von Granville eingeschleppt. Der Sturm hat übrigens nachgelassen und einer Kälteperiode Platz gemacht.

Erdbeben in Spanien

RDJ. Barcelona, 29. Nov. (Tel.) In der ganzen Stadt wurde gestern nachmittags um 2.15 Uhr ein Erdbeben verspürt. Nach Mitteilung des Observatoriums in Tortosa war das Beben in dem Gebiet zwischen Mataro und Rosas besonders stark fühlbar. In Argenton erhielt ein Neubau so starke Risse, daß man ihn nicht abtragen mußte.

mit Ite misa est und dem Segen des Erlösers schließt die Handlung.

Während der Chor das Schlußlied singt, zieht die Prozession wieder aus dem Dome zurück.

Das ist in kurzen Zügen das Bild des erhabenen Spieles, das in farbenprächtigen, tieferegreifenden Bildern, umrahmt von Musik und Chorgesang, sich abspielt.

In zwei Aufführungen am Mittwoch, den 5., und Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, ist dazu auch auswärtigen Besuchern reichlich Gelegenheit geboten. Siehe auch die Inserate.

Die Karlsruhe von-Gogh-Ausstellung verlängert

Durch das große Entgegenkommen von Frau Kröller-Müller ist es ermöglicht worden, die Ausstellung von Werken Vincent van Goghs in der Badischen Kunsthalle bis zum 9. Dezember einschließend zu verlängern. Wider alles Erwarten wird die Sammlung nicht mehr in anderen Kunzentren Deutschlands, wie ursprünglich beabsichtigt, gezeigt werden, sondern nach dem Haag zurückgehen. Es ist also durch diese Verlängerung dem Publikum die letzte Gelegenheit gegeben, die einzigartige Sammlung von Werken des großen holländischen Meisters, die auszustellen sich noch viele deutsche Museen bemüht haben in Deutschland genießen zu können.

Zeitschriftenschau

Königliche Illustrierte Zeitung. Wir lesen häufig philosophische Betrachtungen unter der Überschrift „Was tun Sie, wenn Sie allein sind?“ in dem neuen Heft der königlichen Illustrierten Zeitung. Frank Wehnalt lieferte Zeichnungen voll köstlichen Humors dazu. Ein wenig weihnachtlich stimmt uns eine Seite „Sankt Nikolaus in Holland“ mit Bildern von Bolandam, der Segen, in der sich alte Bräuche und Trachten am reinsten in Holland erhalten haben. Besonders Interesse wird ein doppelseitiger Aufsatz „Skandale der Wissenschaft“ finden. All die großen Reinfälle der letzten Jahrzehnte sind zu einem amüsanten, reichbebilderten Artikel zusammengetragen. (Verlag der königlichen Illustrierten Zeitung, Köln)

Badischer Teil

Badischer Landtag

Gaushaltsauschuss

Am Mittwoch wurde die Aussprache über den Antrag auf Vorlage einer Denkschrift betreffend die Vereinfachung der badischen Staatsverwaltung fortgesetzt. Von sozialdemokratischer und Zentrumseite wird für den Augenblick eine solche Denkschrift abgelehnt, wogegen ein deutschnationaler Redner sich für die Vorlage einer Denkschrift ausspricht. — Es wird ein Koalitionsantrag angenommen, der die Erklärung der Regierung zur Kenntnis nimmt, und den Antrag der Deutschen Volkspartei dadurch für erledigt erklärt. Dagegen stimmen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei.

Die Abhör der Rechnungen des Rechnungshofes für 1927 ergibt eine Mehrausgabe, die auf die Neuordnung der Befolgsordnung zurückzuführen ist. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Es folgt der Vortrag des Rechnungshofes an das Staatsministerium. Es kommt zu einer Debatte über den unwirtschaftlichen Kauf und Verkauf einer sog. „Beispielwirtschaft“ seitens der Landwirtschaftskammer. Seitens der Regierung wird eine Kompetenz dieser Schreibung bestritten. Der „Vortrag“ wird zur Kenntnis genommen.

Für erledigt erklärt wird ein Gesuch der Gemeinde Rintenheim betr. Staatszuschuss und Vorlesen für Kanalisation usw. Zur Kenntnis genommen wird ein Gesuch der Gemeinde Weiskopf um Nachlass des Landstrassenbeitrags. Das Gesuch der Gemeinde Doffenheim um bessere Berücksichtigung beim staatlichen Schottersteinbezug soll der Regierung empfehlend überwiesen werden. — Die Gemeinde Laudenbach an der hessischen Grenze hatte ein Unterstufungsbesuch an den Landtag gerichtet wegen der Unwetterschäden im vergangenen Frühjahr. Das Gesuch wird der Regierung zur Kenntnis übergeben. — Ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die Futtermittel der Landwirtschaft wird zurückgestellt.

Schließlich beschäftigt sich der Ausschuss mit einer Eingabe der Aktionäre betr. die Einföhrung. Der Ausschussbeschluss wird auf die nächste Sitzung zurückgestellt.

Badische Landesauftragsstelle

Am 13. November d. J. fand in der Handelskammer Mannheim die Mitgliederversammlung der Badischen Landesauftragsstelle statt. Nachdem der Vorsitzende, Fabrikant Dr. Frh. Reuther, die anwesenden Mitglieder (Vertreter der Handelskammern, der Handwerkskammern und des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller) und im besonderen die Vertreter der badischen Behörden (Regierungsrat Müller vom Ministerium des Innern, Obergewerberat Panewinkel vom Gewerbeaufsichtsamt und Regierungsrat Lohr vom Landesgewerbeamt) begrüßt hatte, gab er der Verdienste des nach Berlin verzogenen, bisherigen Vorsitzenden, Kommerzienrat Spielmeier, die sich dieser durch seine unermüdete und uneigennützig Tätigkeit im Interesse der Landesauftragsstelle bzw. der von ihr verfolgten Arbeit zwecks einer umfangreicheren Beteiligung der badischen Wirtschaft an den Landesbeschaffungen erworben habe. Nachdem über die Tätigkeit der Landesauftragsstelle berichtet, der Kassenbericht vorgelegt und Entlastung erteilt, sowie noch einige das Vergütungswesen berührende Fragen diskutiert waren, sprachen sich die Anwesenden einstimmig für die Weiterführung der Badischen Landesauftragsstelle aus.

Der Mitgliederversammlung ging eine gut besuchte Sitzung mit an der beteiligten Beschaffungen interessierten Firmen aus Baden voraus. Direktor Reinhardt, Berlin, berichtete eingehend über die Tätigkeit bei den behördlichen Vergabungen, und den Firmen war Gelegenheit geboten, sich zweckdienliche Auskünfte einzuholen, bzw. Fragen, die das Beschaffungswesen betreffen, zu besprechen.

Dem oben erwähnten Tätigkeitsbericht entnehmen wir: Allgemeines über die Mitwirkung der Landesauftragsstelle bei den Vergabungen des Reichswirtschaftsministeriums für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine. Dese Zusammenarbeit widelt sich im allgemeinen zufriedenstellend ab, wenn auch insbesondere bei den Beschaffungen für die Marine noch manche Verbesserungen angelehrt werden. Es steht zu erwarten, daß die noch bestehenden Hemmnisse bald beseitigt werden, insbesondere nachdem auch die technischen Referenten sich nach mehr mit dem Gedanken des Länderausgleichs und der Tätigkeit der Landesauftragsstellen vertraut gemacht haben, wie dies bei den eigentlichen Beschaffungsreferenten der Marine erfreulicherweise bereits größtenteils der Fall ist.

Im besonderen wird erneut auf die Behandlung eingehender Firmenangebote durch die Reichsauftragsstellen hingewiesen, die unter Berücksichtigung der Reichsauftragsstellen zu erfolgen hat. Auch die Landesauftragsstellen sind bei ihrer Mitarbeit an diese Bestimmungen gebunden. Sie sind daher nicht in der Lage, Anträge von Firmen, die zwar mit wirtschaftlich besonders gelagerten Verhältnissen begründet werden, die jedoch jenen Bestimmungen zuwiderlaufen, zu unterstützen.

Eine ersprießliche Zusammenarbeit mit der Post und der Eisenbahn im Interesse der Wirtschaftsbelange unseres Grenzlandes hat sich dagegen leider noch immer nicht vereinnbaren lassen, da sich die maßgebenden Stellen bei der Post und der Bahn noch immer ablehnend verhalten.

Nicht verstummen wollen die Klagen aus Baden darüber, daß einerseits an den von den dezentralen Reichsauftragsstellen vergebenen Aufträgen für unser Land außerbadische Firmen zahlreich mitbeteiligt werden, während andererseits viele Beschaffungsstellen anderer Länder, besonders in Bayern und in Württemberg, jeden Wettbewerb von Firmen von außerhalb ihres Landes ausschließen. Die zahlreichen Gesuche von badischen Firmen, soweit eine Nachprüfung deren Leistungsfähigkeit feststellte, wurden bei den Beschaffungsstellen eingehend untersucht. Die für unser Grenzland besonders gelagerten wirtschaftlichen Verhältnisse können in den meisten Fällen bei den Auftragsausföhrungen nicht in Berücksichtigung gezogen werden, da solchen Erwägungen die von den zentralen Stellen in Berlin gegebene und allgemein gebaltene Haushaltsordnung entgegensteht.

Von mehreren Beschaffungen für die badische Polizei wurde die Badische Landesauftragsstelle verständigt; sie war in der Lage, den Vergabungsstellen eine Reihe leistungsfähiger Firmen unseres Landes zu nennen, die zum Teil auch bei der Zuschlagserteilung mit berücksichtigt werden konnten. Auch bei kleineren Beschaffungen für die Landesgefängnisse konnte sie sich mit Erfolg für die Landesfirmen betätigen.

Der Auftragsanteil für Baden an den über die Ausgleichsstelle der Länder geleiteten Reichsauftragsstellen betrug im letzten Jahre 4,04 Proz. (vergleichsweise beträgt der Industriearbeiterzuschuß 3,52 Proz.). Dieser Auftragsanteil wurde nach dem bisher bereits vorliegenden Ergebnis für das Jahr 1928 noch weiter erhöht. Die Landesauftragsstelle spricht ihr Bedauern darüber aus, daß alle Bemühungen auf Mitarbeit bei Post und Eisenbahn bisher ohne Erfolg geblieben sind, und sie glaubt sich um so mehr berechtigt, diesem Bedauern Ausdruck zu geben, als die jedes Jahr ansteigen-

den Auftragsanteile, die bei den Beschaffungsstellen des Reichswirtschaftsministeriums erzielt worden sind (von 557 000 M im Jahre 1924 auf ungefähr 2 1/2 Millionen bereits im Jahre 1928), beweisen, welche größere Auftragsanteile durch ihre Unterstützung für die Firmen unseres Grenzlandes auch bei anderen Reichsauftragsstellen (vor allem bei Bahn und Post) herausgeholt werden könnten.

Der Jahresbedarf der Reichsauftragsstellen, zu denen die Ausgleichsstelle der Länder und die Landesauftragsstellen herangezogen werden, beläuft sich auf ungefähr 30 Millionen Reichsmark. Der Gesamtbedarf aller Beschaffungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden aber wird auf circa 8 Milliarden Reichsmark beziffert. Hiervon entfällt allerdings der weitaus größte Teil auf Bauausföhrungen und Spezialbeschaffungen, die sich zur Mitbeteiligung der Ausgleichsstelle der Länder und der Landesauftragsstellen weniger eignen.

Tagung des Badischen Landesverbandes für Frauenbestrebungen

Am Samstag und Sonntag hielt in Baden-Baden der Bad. Landesverband für Frauenbestrebungen seine 6. Generalversammlung ab. Die erste Sitzung am Samstag war zum Zweck der Erlebung geschäftlicher Angelegenheiten gewidmet. Ein hohes geistiges Niveau erhielt die Tagung, wozu auch den Höhepunkt darstellend, durch den feingeistigen und ästhetischen Vortrag von Frau Dr. Marianne Weber über das alte und neue Frauenideal. Doch der zweite Tag zeigte in großen Ausmaßen die Bedeutung der Frauenarbeit auf dem Gebiete des Gefängniswesens und der Fürsorge.

Die Vorsitzende, Frau Geh. Rat Zellmer, konnte in ihrer Begrüßungsansprache eine große Anzahl von Delegierten und Gästen aus dem ganzen Lande begrüßen, darunter auch den Vertreter der Stadtverwaltung Baden-Baden. In den Verhandlungen nahm ferner im Auftrage des Justizministeriums Gefängnisdirektor Strobel aus Bruchsal teil. Nach dem sehr umfangreichen Geschäftsbericht, von Frau Bensheimer (Mannheim) erstattet, wurden eingehend Wege und Vorschläge erörtert, die der Frau die Arbeit im Parlament wieder garantieren, die durch das neue Wahlgesetz ausgeschaltet wurde. Es soll nun an die Parteien herangegangen werden mit der dringenden Aufforderung, die Frauen, wenn das von den kleineren Parteien angebotene Wahlgesetz geändert und eine beschränkte Landesliste eingeföhrt wird, in stärkerem Maße zu berücksichtigen. In einer an alle maßgebenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, das Parlament und die großen Verbände gerichteten Eingabe wird der Besorgnis über die Entwicklung Ausdruck gegeben, die sich durch das „Überangebot“ an Berufsangehörigen im Gefängniswesen in der höheren Schule bemerkbar macht. Es wird die dringende Bitte ausgesprochen, der Unruhe übersteigerter Forderungen an Schulzeugnissen, an bestimmten Klassenbefuch (Abiturium, Primareife) Einhalt zu gebieten. Der Sparlaß der Regierung auf dem Gebiete der Schule dürfe sich nicht nur gegen die Mädchen auswirken. Für den freigewordenen Direktionsposten an der dritten Höheren Mädchenschule in Karlsruhe fordert der Verband die Besetzung mit einer Frau.

Der zweite Tag brachte vier Referate über die Tätigkeit der Frau im Gefängniswesen und in der Gefängnisfürsorge. In einer hierzu gefaßten Entschließung wird die Regierung dringend ersucht, ihr Interesse dem Ausbau der Strafgefängnisse und Entlastungsanstalten zuwenden. Eine weitere Entschließung spricht sich gegen die geplante Aufhebung der Meldepflicht der Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften für alle weiblichen Angestellten unter 20 Jahren aus, besonders auch deshalb, weil hier eine Hilfsarbeit bei der Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geleistet wird. Die Frage der Vorbereitung der weiblichen Polizei und ihre Prüfung wurde einer Fachkommission übertragen.

Unterausschuss für Schädlingsbekämpfung des Deutschen Weinbauverbandes

Am 23. und 24. November hielt der Unterausschuss für Schädlingsbekämpfung des Deutschen Weinbauverbandes in der Stadthalle in Heidelberg seine sehr gut besuchte diesjährige Herbsttagung unter Vorsitz von Direktor Dr. Müller (Freiburg) ab. Anwesend waren die Direktoren der verschiedenen Weinbauanstalten, sonstige amtliche Weinbauachverständige, Weinbaubesitzer und die Industrieunternehmer, die sich mit der Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln befassen. Ebenso hatte das Reichsnährungsministerium, die Biologische Reichsanstalt und zahlreiche Landesregierungen Vertreter entsandt.

Am 23. Nov. fanden zunächst Vorbesprechungen zwischen den Ausschussmitgliedern und nachmittags mit dem Industrieverband statt. Hierbei wurden neben organisatorischen Fragen u. a. die in diesem Jahre verschiedentlich aufgetretenen Pestenverbreitungen an Trauben eingehend besprochen. Die Hauptversammlung am 24. Nov. beschäftigte sich Johann mit dem Ergebnis der diesjährigen Versuche mit neuen Schädlingsbekämpfungsmitteln. Im Anschluß daran hielten beachtenswerte Referate: Prof. Dr. Stellwaag (Neustadt a. d. S.), „über die Wirkung der Nikotinpräparate“ und Direktor Pfeifer (Kreuznach): „über die Wirtschaftlichkeit der Schädlingsbekämpfung“.

Aus den Parteien

Landtagsabgeordneter Dr. Glodner hat eine ihm für die nächste Landtagswahl angebotene demokratische Spitzenkandidatur mit Rücksicht auf sein hohes Alter und der Verlegung seines Wohnsitzes auf Karlsruhe nach Freiburg i. Br. abgelehnt. Dr. Glodner wird also dem nächsten Landtag nicht mehr angehören.

Tagungen

Badische Gesellschaft für soziale Hygiene. Am 8. Dezember 1928, 3 Uhr nachmittags beginnend, veranstaltet die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene ihre jährliche Mitgliederversammlung in der Gewerbeschule zu Karlsruhe. Die Versammlung besteht aus einem geschäftlichen und einem wissenschaftlichen Teil. Dem letzteren, der um 3 1/2 Uhr beginnt, können auch Nichtmitglieder beiwohnen, wenn sie sich schriftlich wegen einer Eintrittskarte an die Geschäftsstelle der Gesellschaft (Karlsruhe, Herrenstraße 34) wenden. Auf der Tagesordnung des wissenschaftlichen Teils steht ein Lichtbildvortrag von Professor Dr. Otto Kestner (früher Heidelberg), Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Hamburg, über „Das Grundproblem der heutigen Ernährung“.

Die Mannheimer Eingemeindungspläne. In der jüngsten Sitzung des Krähler Gemeinderats ist, einem Antrag der Zentrumspartei entsprechend, einstimmig beschlossen worden, mit der Stadt Mannheim erneut in Eingemeindungsverhandlungen einzutreten. Damit wollen also im ganzen fünf Gemeinden zu Mannheim. Mit Sedenheim und Wallstadt werden die Verhandlungen weitergeführt, Friedrichsfeld und Ebingen kommen in zweiter Linie in Frage.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Bei der Mittwoch abend durch den Bürgerausschuss Bruchsal vorgenommenen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Wilhelm Rehner mit 48 von 69 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. 14 Zettel waren weiß, 7 ungültig. Im Anschluß an die Wahl versammelten sich die Wähler zu einem gemütlichen Abend, wobei Oberbürgermeister Dr. Meißner die Verdienste des wiedergewählten Bürgermeisters gebührend hervorhob. — In Zimmern (Bez. Tauberbischofsheim) wurde der seitherige Bürgermeister Michael Schrant einstimmig wiedergewählt. — In Gerboldsheim (Amt Rosbach) wurde von den drei zur Wahl stehenden Kandidaten Herr Johann Horstheim zum Bürgermeister gewählt.

Eingemeindungsverhandlungen zwischen Schwellingen und Ostersheim. Der Gemeinderat Ostersheim hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, mit der Stadt Schwellingen in Eingemeindungsverhandlungen zu treten.

Die Gasversorgung des Taubertales harret immer noch einer endgültigen Klärung. Der Stadt Taubertbischofsheim wurde empfohlen, kein Gruppengaswerk gemeinsam mit Lauda und Mergentheim zu erstellen, sondern mit dem Gaswerk Würzburg erneut in Verhandlungen zu treten. Erst bei einem Tagesverbrauch von 100 Kubikmetern würde sich ein eigenes Gaswerk rentieren.

Eine badische Nebenstelle des Arbeitsamts Mergentheim. Für Lauda wurde in der letzten Sitzung des Arbeitsamts Mergentheim eine Nebenstelle genehmigt. Ein Nebenamt kommt nach Berthheim. Arbeitsstellen für Erwerbslose wurden im Bezirk mehrere gebildet. Dieselben sind für einen Umkreis von 4 Kilometern vorgesehen, die noch einzurichtenden Zahlstellen für einen Umkreis von 10 Kilometer.

Der Bürgerausschuss in Eppingen hat den Gemeindevoranschlag 1928/29 genehmigt. Zu entrichten sind von 100 Reichsmark Steuerwert vom Grundvermögen 1,36, vom Betriebsvermögen 0,65 und vom Gewerbevermögen 10,17 Reichsmark.

Die Bürgerausschüsse in Walsch beschäftigte sich zum drittenmal mit der Beratung und Beschlußfassung über den Voranschlag 1928/29. Bei der zweiten Beratung wurde über ihn nicht abgestimmt, sondern er wurde einer Kommission zur nochmaligen Prüfung überwiesen. Das Ergebnis war die Einführung der Biersteuer und die Erhöhung des Wasserzinses. Dadurch konnte die Umlage von 119 auf 90 Reichspfennig ermäßigt werden. Vom Gewerbevermögen werden 36 Reichspfennig und vom Grundvermögen 6,75 Reichsmark von je 100 Reichsmark Vermögen bzw. Ertrag erhoben. Der Voranschlag wurde mit 34 gegen 14 Stimmen genehmigt.

Autolinie Baden-Baden—Moosbrunn. Bei einer Besprechung in Moosbrunn über die Erweiterung der Autolinie Baden-Baden—Gaggenau nach Moosbrunn wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, worin dem Projekte aus Verlethes, Wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen zugestimmt wird. Es wurde weiter der Ansicht Ausdruck gegeben, daß diese Linie nur ein Teilstück einer von Karlsruhe über Ettlingen nach Baden-Baden herzustellenden Höhenverkehrslinie sein könne. Diese Linie sei eine Lebensnotwendigkeit der jetzt noch abseits des Verlethes liegenden Gemeinden, die auch zu Opfern bereit seien.

Eine Million Sparguthaben in Furtwangen. Die Spareinlagen der Stadt Sparkasse in Furtwangen haben dieser Tage eine Million Reichsmark überschritten.

Die Kreisversammlung Billingen genehmigte den Voranschlag 1928/29. Die Einnahmen betragen 262 000 Reichsmark, die Ausgaben 547 800 Reichsmark. Das Defizit wird durch eine Umlage von 12 Reichspfennig vom Grundvermögen, 5 Reichspfennig vom Betriebsvermögen und 90 Reichspfennig vom Gewerbevermögen gedeckt. Der Voranschlag der Kreispflegeanstalt Geisingen balanziert mit 119 250 Reichsmark. Eine Anzahl Kreiswege wird aus der Kreisfürsorge ausgeschieden, weil sie eine unerhebliche Bedeutung haben.

Verkauf des Erholungsheimes Frauenalb. Die Ortskrankenkasse Heilbronn beabsichtigt, ihr Erholungsheim in Frauenalb abzulösen, nachdem das Oberversicherungsamt entsprechend der Reichsversicherungsordnung die Weiterführung der Wirtschaf in Frauenalb untersagt hat. Ohne Wirtschaf erscheint der Ortskrankenkasse das Heim aber zu groß. Sie hat auch bereits einen Liebhaber gefunden. Kommt der Verkaufsabschluß mit diesem zustande, so beabsichtigt die Ortskrankenkasse, ein kleineres Heim, das weniger Personal und geringere Betriebskosten erfordert, zu erwerben. Eine Kommission weilt an Ort und Stelle und hat ein Objekt in Herrenalb besichtigt, das als geeignet befunden wurde.

Der Bürgerausschuss in Schopfheim genehmigte die Umwandlung der Stadt Sparkasse in eine Bezirksparasse.

Der Vörracher Industriekanal wurde am Montag nach mehreren Wochen wieder in Betrieb genommen, der eine Verbreiterung und Vertiefung erfahren hat, so daß außer dem bisher aus dem Kanal gewonnenen 600 PS. weitere Kraft gewonnen werden kann. Die Arbeiten der Verbreiterung und Vertiefung des Kanals, mit denen auch ein Ausbau des städtischen Schwimmbades am Kanal im Wasserwerk verbunden ist, belaufen sich auf circa 180 000 Reichsmark.

Die Verwendung des Gefängnisses in Eugen. Die Stadtverwaltung Eugen beabsichtigt, das Gefängnisgebäude vom badischen Staat abzukaufen. Wie man hört, werden die Räumlichkeiten an die Schweizer Zigarettenfabrik Ranz & König auf längere Zeit vermietet.

Aus der Landeshauptstadt

Der Zweigverein Karlsruhe des Bad. Frauenvereins vom Roten Kreuz hielt seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Präsidentin des Vereins, Frau Landgerichtsdirektor Reßler, erstattete den Jahresbericht für das Jahr 1927, Regierungsrat Ott den Rechnungsbericht. Der Verein unterhält folgende Anstalten: Das Damenheim Friedrichsheim, das Altersheim im Bildhaus, das Geschäftsgehilfenheim, das Erholungsheim Marzell, 2 Kochschulen und 1 Volkshöhe. Der Sophienfrauen- u. Elisabethenverein widmet sich der Fürsorge für Hilfsbedürftige, insbesondere für Angehörige des Mittelstandes, Klein- und Sozialrentnerinnen. Die Abteilung „Jugendpflege“ nimmt sich — zum Teil im Zusammenwirken mit der amtlichen Wohlfahrtspflege — der weiblichen Jugend an. Der Flidverein veranstaltet Näh- und Kochkurse für weibliche Arbeitslose. Eine besondere Abteilung übt die Fürsorge für Tuberkulose, insbesondere für solche aus dem Mittelstand, aus. Als Hilfskräfte für die Krankenpflege und die Hilfeleistung in Notfällen bildet der Verein Helferinnen aus, und der Jugendbund Weimart sorgt für Nachwuchs für die Vereinsarbeit. Schließlich sei noch die Weihnachtsbescherung für hilfsbedürftige Schulkinder erwähnt, welche der Verein mit Unterstützung der Stadtgemeinde und der hiesigen Zeitungen alljährlich durchführt. An Weihnachten 1927 konnten gegen 1100 Kinder mit Gaben bedacht werden. Der Gesamtaufwand des Vereins belief sich auf rund 200 000 M. Der Verein übernimmt als neue Aufgabe die Belohnung treuer Dienstboten. — Bei den anschließenden Wahlen wurden die seitherigen Vorstandsmitglieder und Frau Direktor Reßler als Präsidentin wiedergewählt.

30 000 Mitglieder des Gau Baden des Reichsbundes der Kriegsbefähigten. Der Gau Baden des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbenbliebenen hat die Zahl von 30 000 Mitgliedern überschritten. Damit gehören mehr als 55 Proz. aller in Baden vorhandenen Kriegsbefähigten, Kriegserbenbliebenen und Kriegserben dem Reichsbunde an.

Zuchthausstrafe wegen Amtsunterschlagung und Betrug. Das erweiterte Schöffengericht Karlsruhe verurteilte am Mittwoch den 32 Jahre alten verheirateten Hilfskassier Adolf Marquardt aus Strahburg, wohnhaft in Karlsruhe, wegen Amtsunterschlagung und Betrugs zu 1 Jahre 1 Monat Zuchthaus, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Er hatte als Hilfskassier bei der Städtischen Sparkasse einen Betrag von 3500 RM aus der Kasse entnommen, um Schulden zu begleichen und Haushaltungskosten zu bezahlen.

Badisches Landestheater. Das Gastspiel Konrad Dreher, des Andernviertelers, mit Raucheneggers Volksstück „Jägerstut“ bedeutet, wie immer, so auch an diesem Sonntag, den 2. Dezember, ein frohes Theaterereignis für unser Konzerthauspublikum, denn der Dorfjäger Jägerstut gehört unstreitig zu den Glanzrollen des großen Humoristen, der diese köstliche Gestalt mit allem Reichtum seiner urwüchsigen Komik ausstattet. — Die Proben zu der am 6. Dezember d. J. stattfindenden Uraufführung der Jägerstut Oper „Die Toteninsel“ sind in vollem Gange. Für die Inszenierung ergibt sich die interessante Aufgabe, das Bühnenbild im zweiten Teile des Einakters dem Böcklinschen Vorwurf anzupassen. Den Musiker Jador müssen wir aus den Strömungen einer Zeit heraus verstehen, in der Puccini und d'Albert führend waren. Die melodische Partitur wird Josef Srips dirigieren, Otto Krauß führt die Regie.

Aufführung der „Friedensmesse“ in Karlsruhe. Die Freunde und Verehrer unseres badischen Komponisten Franz Philipp werden es dankbar begrüßen, daß sein monumentales Werk, die „Friedensmesse“, am Montag, dem 17. Dez. d. J., durch das Bad. Landestheaterorchester in Karlsruhe in Verbindung mit dem Bachverein in der städt. Festhalle aufgeführt werden wird. Der tiefe Eindruck, den dieses Werk bei den in Freiburg, Karlsruhe und Mannheim stattgehabten Aufführungen hervorrief, ist noch heute unvergessen. Das Monument der dunkel und hell und immer heller verschlungenen Männer- und Frauen-A-cappella-Chöre ist aufgebaut auf gewaltigem orchestralen Grund und in der strengen Einheit und Fülle von überwältigender Befreiung. Die „Friedensmesse“ wird sich in Anbetracht der künstlerisch hochstehenden Darbietung eines guten Besuches erfreuen, zumal im Rahmen des 3. Volkssinfoniekonzerts des Bad. Landestheaters der Abend noch Werke von Strauß und Brahms zur Aufführung bringt.

Wetternachricht nördlich der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Polarluftstrom ist über dem Nordmeer durch eine dort angelangte ozeanische Zirkulation unterbrochen, deren Warmluftmassen bereits den größten Teil der britischen Inseln überflutet haben. Unser Gebiet bleibt jedoch vorübergehend im Bereich der über dem Festland ausgebreiteten Kaltluft. Das neblig-trübe Wetter wird daher noch anhalten. Insbesondere in den südlichen Landesteilen — bedingt durch die sich erhaltende Genuazirkulation — stehen weitere Niederschläge bevor. Wetterausblick für Freitag: Fortdauer der neblig-trüben, in der Ebene nebligen und im Gebirge vorwintertlichen Witterung; weitere Niederschläge, besonders im Süden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Seidelers, 28. Nov. Am heutigen Mittwoch begehrt der derzeitige Rektor der Heidelberger Universität Geheimrat Prof. Dr. Heinsheimer, sein 25jähriges Dozentenjubiläum an der Heidelberger Universität.

Hd. Weinheim, 29. Nov. Gestern beging Dr. h. c. Friedrich Carl Freudenberg seinen 80. Geburtstag. Dr. F. C. Freudenberg ist geboren im Revolutionsjahr 1848 in Mannheim. Nach seinem Studium in Karlsruhe wurde er als 24jähriger mit dem Bau und der Leitung der Filialfabrik Schönau beauftragt. In den folgenden Jahren war der jüngere Bruder Hermann Ernst Freudenberg von einem mehrjährigen Aufenthalt in Amerika zurückgekehrt. Die beiden Brüder arbeiten gemeinsam mit ihrem Vater am Aufbau des Weinheimer Geschäftes. In den letzten Jahren beschäftigte sich Carl Freudenberg mit volkswirtschaftlichen und historischen Arbeiten. Die Stadt Weinheim verdankt dem sozialen Sinn Freudenbergs eine Reihe von wohltätigen Einrichtungen.

Hd. Emsheim a. G., 28. Nov. Der im 21. Lebensjahr stehende Angestellte des Bezirksjugendamts Emsheim, Julius Schmidt von Baldangeloch, ist auf amtliche Veranlassung wegen Amtsunterschlagung verhaftet worden. Eine Gefährdung von Rückgeldern oder dergleichen ist ausgeschlossen.

Hd. Rippstein, Amt Lahr, 29. Nov. Gestern starb hier im Alter von 53 Jahren die Frau des Landtagsabgeordneten Rudolf Seibert, Frau Angela Seibert.

Hd. Freiburg, 29. Nov. Die Schneefälle im südbadischen Schwarzwald haben am gestrigen Mittwoch weiterhin angehalten. Im Feldberggebiet liegt bereits eine Schneedecke von 50 Zentimeter. Die Temperatur beträgt 4 bis 5 Grad unter Null.

Hd. Freiburg, 29. Nov. Unter großer Anteilnahme erfolgte am Mittwoch nachmittag die Beisetzung des in Karlsruhe verstorbenen Direktors Johann Bollmer, des Begründers der „Freiburger Tagespost“. Als Vertreter der Stadt Freiburg nahm Bürgermeister Dr. Hofner an der Beerdigung teil. Ferner waren anwesend Weihbischof Dr. Burger und andere katholische Würdenträger. Im Auftrage der Redaktion der „Freiburger Tagespost“ sprach Chefredakteur Färber ehrende Worte für den Verstorbenen. Der Presseverein Freiburg ließ durch den Präsidenten Dr. Kopf sein Beileid zum Ausdruck bringen. Für den Verein südbadischer Zeitungsverleger sprach Verlagsdirektor Jöhner, Karlsruhe, für den Bezirk Freiburg des Deutschen Buchdruckervereins Verleger Adolf Kopp, und für den Bezirk Baden-Pfalz-Württemberg des Deutschen Buchdruckervereins Dr. Hecht, Heidelberg.

Hd. Bringen (Kaiserstuhl), 28. Nov. Nachdem schon in der dritten Oktoberwoche die einzelnen Weingüter des Kaiserstuhls ihre Spätlese eingebracht hatten, ließ die Landwirtschaftskammer auf ihrem Versuchsgut Blankenhornsbühl die Trauben in den Versuchspartellen noch weiter ausreifen. Diese wurden dann erst in der Zeit vom 5.—10. November gelesen. Die überaus günstige Auslese macht sich beim Mostgewicht sehr geltend. So wurden bei den Qualitätsorten durchschnittlich Mostgewichte von 98—108 Grad nach Oechsle festgestellt. Gingen zeigten die Quantitätsorten ein durchschnittliches Mostgewicht von 72—95 Grad. — Neuerdings hat man sich auf Blankenhornsbühl der Traubensaftgewinnung in größerem Umfang zugewandt, wozu hauptsächlich Eßling und Gutedel verwendet wurden. Der nach der Entfeimung gewonnene Saft wird auf Flaschen gefüllt und findet allerseits guten Absatz.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Währung	29. Nov.		28. Nov.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.31	168.65	168.33	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	111.76	111.98	111.77	111.99
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.955	21.995
London . . . 1 Pfd.	20.333	20.373	20.331	20.371
New York . . 1 D.	4.1905	4.1985	4.1905	4.1985
Paris . . . 100 Fr.	16.385	16.425	16.385	16.425
Schweiz . . . 100 Fr.	80.74	80.90	80.725	80.885
Wien 100 Schilling	58.915	59.035	58.915	59.035
Prag . . . 100 Kr.	12.419	12.439	12.418	12.438

Juwelenraub in Berlin
W.D. Berlin, 29. Nov. (Tel.) In einem betannten Juweliergeschäft der Innenstadt wurde gestern während der Geschäftszeit von zwei Ausländern aus einer der Vitrinen ein Tablett mit 28 kostbaren Platin-Diamantringen im Werte von 200 000 RM gestohlen. Die Diebe sind mit ganz besonderer Kaltblütigkeit und Geschicklichkeit zu Werke gegangen und konnten sich unbemerkt entfernen. Auf die Wiederherbeischaffung der Juwelen ist eine Belohnung von 10 000 RM ausgesetzt worden.

Die Diebe waren zwei gutgekleidete Herren, anscheinend Amerikaner, die nur gebrochen deutsch sprachen. Einer von ihnen verlangte eine Kravattennadel zu kaufen. Sein Begleiter beteiligte sich zunächst am Ausschauen, entfernte sich dann aber vom Ladentisch und schien in die Betrachtung einer Vitrine vertieft. Inzwischen hatte sich sein Freund für eine Kravattennadel zu 26 RM entschieden und bezahlte mit einem Tausendmarktschein. Während der Verzögerung, die durch das Bescheln entstand, stand der andere scheinbar gleichgültig mit dem Rücken gegen die Vitrine gelehnt. Sehr viel später, als sich die beiden entfernt hatten, stellte es sich heraus, daß ein mit dunkelrotem Samt belledetes Tablett, auf dem die 28 Ringe aufgesteckt waren, verschunden war. Beide Diebe trugen einen weiten Naglanmantel, der ihnen das Wandern erleichtern mußte. Bemerkenswert ist, daß am Tage vorher dasselbe Geschäft von einem elegant gekleideten Mann, der sich Martelec nannte, und französisch sprach, um einen Ring im Werte von 12 000 RM bestohlen wurde.

Staatsanzeiger

Die von der Generalversammlung des Vereins zur Belohnung treuer Dienstboten in Karlsruhe beschlossene Auflösung des Vereins wurde heute genehmigt.

Karlsruhe, den 26. November 1928.
Der Minister des Innern
J. W. Föhrenbach.

Sammlung des Melanchthonvereins Karlsruhe

Die dem Melanchthonverein für Schülerheime in Karlsruhe, Werderstraße 4, mit Erlaß vom 11. Juli 1928 (Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — Nr. 163 vom 14. Juli 1928) erteilte Genehmigung zu einer Sammlung für die Unterhaltung und Neuerrichtung der Schülerheime des Melanchthonvereins wird unter den bisherigen Bedingungen bis 31. März 1929 verlängert.

Karlsruhe, den 24. November 1928.
Der Minister des Innern
J. W. Arnspurger.

Persöneller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Ordentlicher Professor Dr. A. von Sals an der Universität Münster i. W. mit Wirkung vom 1. April 1929 an zum ordentlichen Professor der Klassischen Archäologie an der Universität Heidelberg, Religionslehrer Dr. Alois Bundschuh an der Goetheschule in Karlsruhe zum Professor daselbst.

In den Ruhestand ist versetzt worden: Rektor Gotthold Scherer an der Volkshochschule in Durlach, Amt Karlsruhe, auf sein Ansuchen, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Gestorben:

Professor Wilhelm Simmler, zuletzt am Gymnasium in Donaueschingen.
Professor Dr. Karl Friedrich Treiber, zuletzt an der Oberrealschule mit Realgymnasium in Heidelberg.

Für die tägliche Körperübung der Frau

Bleibe jung. Tägliche Körperübungen der Frau. Von Luise Neyber u. Else Wirminghaus. 3. Auflage. 64 Seiten mit 37 Abb. v. Hedwig Carlson u. I. Tafel. 1,50 RM

AUS DEM INHALT:
Allgem. Ziele und Vorbereitungen für die tägl. Körperübung der Frau
Die tägliche Übungsfolge:
1. Der Zweck der einzelnen Übungen
2. Die Ausführung der Übungen (mit Übungsstafel und 37 Abbildungen)
Frottierübungen
Wenke für besondere Verwendung von Übungen
1. Bei Körperfehlern und Funktionsstörungen
2. Zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden
3. Ergänzungsübungen
Anhang: Vergrößerte Übungsstafel

Diese Übungsfolge bedeutet kein neues „System“, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das Notwendigste bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen.

Kassenschränke
Schereggitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer
lieferiert 769

Herm. A. Siefert, Lahr i. B. Telefon 2843
Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Detektiv - Institut
A. Maier & Co., G.m.b.H.
Mannheim
Planken 6, 6
Telefon 33305

O. 120. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Lippmann Dreyfuß, Manufakturwaren in Karlsruhe, Mittelstraße 8, alleiniger Inhaber Lippmann Dreyfuß, wurde heute, nachmittags 6 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bücherrevisor Otto Marx in Karlsruhe, Handelshof, bestellt. Dem Inhaber der Schuldnerin wurde gemäß §§ 31, 34 der Vergl.O. allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Firma oder des Privatvermögens ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf Donnerstag, den 20. Dezember 1928, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht, Adamiestraße 8, 1. Stod, Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, 26. Nov. 1928. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

Buchstammholz
Submission
(Vorverkauf).
Bad. Forstamt Mittelberg in Ettlingen, Montag, den 10. Dezember d. J., nachmittags 4 Uhr, circa 950 fm

Buchstämme I. bis V. Klasse in 9 Losen. Losverzeichnis mit Verkaufsbedingungen durch das Forstamt. D. 114

Stangenversteigerung
des Badischen Forstamts Mittelberg in Ettlingen am Freitag, den 7. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus „Schönbild“, Margell, aus Staatswaldbezirk I (Förster Sträß, Moosbrenn), II (Förster Blöth, Mehlinschwander Hof), IV (Förster Kunz, Schielberg), VI und VII (Förster Geisert, Langenab): 7500 Stück Raupstangen, 20 Stück Baumstämme, 5600 Stück Poppenstangen, 2300 Stück Neb- und 1000 Stück Vohnensteden. Losauszüge durch das Forstamt. 123

Freihändiger Buchstammholzvorverkauf.
Forstamt Freiburg (staatl.), Dienstag, den 4. Dezember: 500 fm Rotbuchenstammholz I. bis IV. Klasse in 3 Losen. Losverzeichnis durch das Forstamt. 107

Karlsruhe. O. 121. Güterrechtsregisteramt. Zu Band I Seite 164: Otto Laub, Oberwachmeister, Karlsruhe, und Regina geb. Philipp. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. 26. 11. 1928. Amtsgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater
Freitag, 30. November
* F 10 Th.-Gem. 951—1000 und 1101—1200

Der Schwarzkünstler
Luftspiel von Gött
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Genter, Quaiser, Schreiner, Gemmecke, Herz, Piel, Just, Müller, Schneider.

Anfang 20 Ende 21
Preise A 0,70—5,00 RM

Sa., 1. Dez., Genovena
So., 2. Dez., Lammhauer
Im Konzerthaus:
Gastspiel Konrad Dreher:
Jägerstut
Mo., 3. Dez.,
4. Sinfonie-Konzert
Di., 4. Dez.,
Das Weib des Jephtha

Colosseum
Nur noch 2 Tage
ab 8 Uhr:
Der schöne Wilhelm
Der Stolz der
3. Kompagnie!
Lachen ohne Ende.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus
Freitag, 30. November, Samstag, 1. und Montag, 3. Dezember, jeweils 20.15 Uhr — Samstag auch 16 Uhr — Sonntag, 2. Dezember nur 16 Uhr

„COLIN ROSS“
spricht zu seinem Film

„Die erwachende Sphinx“
Aufgenommen auf seiner letzten Afrikadurchquerung vom Kap nach Kairo 135
Preise und Ermäßigungen wie üblich
Kartenvorverkauf: Musik. Fritz Müller Kaiserstr.

Volksschauspiel Oettingheim
Wiederholung des Messspiels
„Das große Opfer“
am Mittwoch, den 5. und Donnerstag, den 6. Dezember 1928, abends 8 Uhr
in der Städtischen Festhalle in Karlsruhe

Eintrittspreise: Numerierte Plätze 4, 3, 2 und 1,50 RM., unnumerierte Plätze 1 RM.

Vorverkaufsstellen:
Karlsruhe: Fritz Müller, Musikalienhandlung Herdersche Verlagsbuchhandlung Geschäftshaus Dorer
Verkehrsverein Karlsruhe, Ecke Kaiser- und Ritterstraße
Zeitungskiosk beim Hotel Germania
B.-Baden: Johann Pfeifer, Bad. Volkszeitung
Bruchsal: Zigarrenhaus Graf
Durlach: Buchhandlung Walz
Ettlingen: Buchhandlung Schmitt
Rastatt: Buchhandlung Eger und Rastatter Zeitung
Pforzheim: Buch- und Musikalienhandlung Riekers 126